

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

Anmerkungen zu "Ökopolitische Orientierung" der SPD (1981)

Betr.: Umweltlage am 22.12.1981

hier: TOP 2: ökologische Orientierungen der SPD

Anmerkungen zu "Ökologiepolitische Orientierungen" der SPD

1. Das Papier "Ökologiepolitische Orientierungen" der Kommission für Umweltfragen und Ökologie ist vom Parteivorstand gebilligt und verabschiedet worden.

Es ist noch unvollständig und soll im Abschnitt III "Ökologische Handlungsfelder" um die Themen:

- Chemie
 - Abfall
 - Ernährung-Landwirtschaft-Bodennutzung
 - giftige Stoffe
 - Stadtökologie und
 - Tourismus
- ergänzt werden.

Eine Bewertung kann also nicht unter dem Gesichtspunkt der Vollständigkeit erfolgen.

2. In den Teilen I und II enthält das Papier eine nicht-beschönigende Beschreibung des Zustands der Umwelt und setzt sich mit einer Reihe von Grundsatzfragen auseinander. Hervorzuheben sind:

- die Betonung der Globalität der Umweltprobleme
- die besondere Verantwortung der Industrienationen für die Entwicklung in der 3. Welt
- die Verbindung ökologischer Werte mit sozialen Werten.

3. Das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie wird sehr differenziert beschrieben. Bei der Abwägung zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen handelt es sich vielfach um einen "Zielkonflikt zwischen kurzfristigen Einzelinteressen und längerfristigen gesamtgesellschaftlichen Interessen (S. 6). Notwendig sei eine Kurskorrektur (S. 6) mit dem Ziel eines "qualitativen Wachstums". "Nur ökologisch vernünftige Arbeitsplätze (sind) wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze". (S. 5)

Im Teil "Ökologische Handlungsfelder" wird die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Umweltpolitik besonders stark betont. Eine Verschärfung der Umweltauflagen liege im Interesse der Beschäftigungspolitik (S. 29):

- Zwang zur Umweltsanierung alter Anlagen
- Ausbau der Fernwärmeversorgung und Wärmedämmung
- Produktion energiesparender Geräte
- Verschärfung der Abgas- und Lärmvorschriften für Kraftfahrzeuge.

S. 29 "... der Zwang der rascheren Entwicklung umweltfreundlicher Produkte erhöhe kurzfristig die Nachfrage im Inland und verbessere mittelfristig die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt".

Längerfristig wird jedoch wegen zunehmender Rationalisierung die Beschäftigung nur durch Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung des verbleibenden Arbeitsvolumens zu sichern sein (Bezug zu Aussagen zu alternativen Lebensformen).

4. Besonders interessant sind die Aussagen zur Alternativbewegung. Zwar wird einer totalen Gesellschaftsveränderung eine Absage erteilt (S. 8), insgesamt jedoch eine Totalabgrenzung (im Gegensatz zu Löwenthal-Thesen) abgelehnt.

In den Aussagen zu "alternativen Lebensformen" geht das Papier weit über das F.D.P.-Programm hinaus. Neue Produktions- und Lebensformen werden als "soziale Experimente, die eine wichtige soziale Funktion" erfüllen, bezeichnet (S. 8).

5. Der entscheidende - sozialdemokratische - Akzent des Papiers wird mit den Ausführungen über die Rolle der Gewerkschaften und die besondere Betroffenheit der Arbeitnehmer in den Industrieregionen gesetzt.

Die notwendige Strukturveränderung stoße auf zahlreiche Widerstände. Sie sei daher nur von einer starken politischen Kraft erreichbar, dies sei das Bündnis der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Zur Rolle der Gewerkschaften fordert das Papier im einzelnen:

- die Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften an den wirtschafts-, umwelt- und technologiepolitischen Entscheidungen auf den Ebenen des Bundes, der Länder und Gemeinden (S. 14 und 28).
- Erweiterung der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmervertretungen im Betrieb (S. 26)
- Verankerung der Informationspflicht und des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte bei Berufung und Abberufung der Umweltbeauftragten (S. 28)
- Bestellung von hauptamtlichen, unabhängigen Umwelt- und Arbeitsschutzbeauftragten der Arbeitnehmer bei den örtlichen Gewerbeaufsichtsämtern und Bezirksverwaltungen der Berufsgenossenschaften auf Vorschlag der Gewerkschaften (S. 28).

6. Hinsichtlich der Hoffnung auf Abbau von staatlichem Zwang und Aktivierung privatwirtschaftlicher Eigenverantwortung ist das Papier pessimistischer als das F.D.P.-Programm:

- Kooperationsprinzip darf nicht überschätzt werden (S. 28)
- wegen der einzelwirtschaftlichen Betrachtungsweise der Betroffenen sind freiwillige Umstellungen die Ausnahme. "In der Regel" braucht man daher gesetzliche Normen und wirksame Kontrolle.
- "Freiwillige Branchenvereinbarungen sind kein Ersatz für verbindliche gesetzliche Regelungen".

7. Weitere interessante Einzelaussagen:

- formelle Prüfung der Umweltverträglichkeit für alle öffentlichen Planungen, Investitionen und Förderprogramme verbunden mit Widerspruchsrecht der Umweltbehörden (ähnlich F.D.P.) (S. 19)
- stärkere Einbindung der Länder und Gemeinden in umweltpolitische Verantwortung durch Dezentralisierung der Kompetenzen (S. 20)

- Lösung der Probleme in Ballungsregionen durch Anstrengungen bei Umwelt-sanierung. Keine Aufweichung der Grenzwerte. Absage an Großanlagen, da diese wenig Arbeitsplätze schaffen (S. 22).
 - Emissionsabgabe für Altanlagen (S. 23).
 - Dezentralisierung der Stromerzeugung (S. 23)
 - Nicht wirksam genug Arbeitsstoffverordnung und ChemG.
(Prüfung alter Stoffe, Ausbau der staatlichen Gewerbeaufsicht, Verwen-dungsverbote) (S. 26).
 - Problem Wasserqualität (nicht Mengen) Vollzugsdefizite im Wasserbereich (S. 31).
 - Mobilisierung privaten Kapitals für Wasserreinhaltung (S. 32).
 - alte Wasserrechte durch Gesetz abbauen (S. 33)
 - Erhöhung der Abwasserabgabe (S. 33)
 - Oberflächenwasser für Brauchwasserzwecke (S. 34)
 - Wasserverbrauchsfördernde Tarifstruktur ändern (S. 34)
 - "Vorranggebiete der Wasserwirtschaft": Dabei sollen verschiedene ökolo-gisch miteinander zu vereinbarende Nutzungen (Grundwasserneubildung, Landschaftsschutz, Walderhaltung) ermöglicht werden (S. 35)
 - Deichbau nicht zur Landgewinnung
 - Flucht in die abgabenfreie Verklappung verhindern (S. 37)
 - Eindämmung des Straßenbaus (S. 37)
 - Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (S. 41)
 - Umwandlung der Kfz-Pauschale in Entfernungspauschale
 - Absenkung der Kfz-Abgasgrenzwerte und Lärmwerte um mehr als 50 % (S. 42)
 - Lärmschutzgesetz weiterhin dringlich (S. 42)
 - keine neuen Wasserstraßen. Main-Donau überprüfen (S. 45)
 - Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen (S. 45)
7. Ein Vergleich zwischen dem F.D.P.-Ökologieprogramm und den Aussagen des Papiers der SPD-Kommission kommt zu folgendem Ergebnis:
- In der Problemanalyse und bei zahlreichen Einzelaussagen besteht weitge-hende Übereinstimmung.
 - Wegen der andersgearteten Darstellung ist das SPD-Papier wesentlich fun-dierter bei einer Reihe von Grundaussagen, die auch im F.D.P.-Papier enthalten sind. Dies trifft vor allem zu auf die Aussagen zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie sowie die Beschäftigungssituation.

- Wesentlich deutlicher sind die Aussagen zur Verantwortung für die 3. Welt.
- Die Behandlung des Themas "Alternative" zeugt von erheblich geringeren Berührungspunkten.
- Insgesamt zeigt das Papier eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. Dies zeigen vor allem die Ausführungen zu den "sozialen" und gesellschaftspolitischen Implikationen einer Umweltpolitik, die besondere Beachtung der Arbeitsschutzaspekte, die Betroffenheit unterprivilegierter Bevölkerungsschichten durch unterlassenen Umweltschutz, die Skepsis gegenüber "weniger Staat".
- Von besonderer Bedeutung sind die Forderungen zur Ausweitung der Mitbestimmung und zur Beteiligung der Gewerkschaften im umweltpolitischen Entscheidungsprozeß. Für die Umweltpolitik könnte es von entscheidender Bedeutung sein, wenn die einzige gesellschaftliche Macht, die der organisierten Macht der Wirtschaftsinteressen annähernd gleichwertig ist, aktiv auf die Veränderung der Wirtschaftsstruktur hinwirken würde.